

RUMÄNIEN NACH DEN WAHLEN

**EIN LAND SUCHT SEINEN WEG IN DIE ZUKUNFT
UND STÖSST DABEI AUF SEINE VERGANGENHEIT**

Sven-Joachim Irmer

Im Dezember haben die Rumänen ein neues Parlament gewählt – ein halbes Jahr, nachdem Rumäniens Premierminister Victor Ponta mit dem Versuch, den Staatspräsidenten abzusetzen, international für Aufsehen gesorgt hatte. Dass dies für Empörung unter der rumänischen Bevölkerung gesorgt hätte, lässt sich höchstens an der geringen Wahlbeteiligung ablesen, nicht jedoch am Wahlergebnis. Pontas Regierungspartei PSD wurde keinesfalls abgestraft, im Gegenteil: Trotz ihrer fragwürdigen Methoden und trotz unzureichender Reformanstrengungen, die von der Kommission der Europäischen Union regelmäßig angesprochen werden, haben die Wähler die Regierung mit einer überwältigenden Mehrheit ausgestattet. Um dieses Wahlverhalten zu verstehen, muss in die Vergangenheit geschaut werden, insbesondere auf die Ereignisse im Dezember 1989, als es in Rumänien zu einer Revolution kam, die keine war.



Sven-Joachim Irmer ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Rumänien.

DER WEG ZU DEN EREIGNISSEN 1989

Die Geschichte Rumäniens ist vergleichbar mit dem Schicksal anderer Staaten, die unter der Vorherrschaft der Sowjetunion nach 1945 litten und nach ihrem Vorbild mit aller Gewalt umgebaut wurden. Verschleppung, Ermordung und Enteignung der alten Eliten waren an der Tagesordnung. Die Absetzung und Vertreibung des rumänischen Königs Mihai I. war dabei eine reine Formsache, ebenso wie das Verbot von bürgerlichen Parteien und die Formierung einer Einheitspartei, der rumänischen Arbeiterpartei, aus der Sozialdemokratischen Partei und der bis dato wenig einflussreichen Kommunistischen Partei. 1948 rief die neu gegründete Arbeiterpartei die Volksrepublik Rumänien aus. Erster Mann im Staat wurde der heute fast vergessene

Gheorghe Gheorghiu-Dej, der 1945 auf Geheiß von Stalin zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei berufen wurde. Im Laufe seiner politischen Laufbahn brachte er es vom Ministerpräsident über den Ersten Sekretär der Partei bis zum Staatspräsident Rumäniens (1961 bis 1965). Er war es, der als überzeugter Kommunist die berüchtigte Securitate aufbaute und die Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft mit vorantrieb. In den 1950er und 1960er Jahren verantwortete er auch die bis heute berüchtigten Folterungen von politischen Gefangenen. Gheorghiu-Dej schlug in seiner Regierungszeit aber bereits einen Sonderweg für Rumänien im Ostblock ein und verärgerte damit die Machthaber in Moskau erheblich. Ausgangspunkt für die ersten Spannungen zwischen Bukarest und Moskau war die unvollständige Umsetzung der Bodenreform in Rumänien. Die politische Führung erkannte, dass die vollständige Umsetzung der Bodenreform sich nachteilig auf die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung auswirken würde und der Widerstand gegen die Zentralregierung auf lange Zeit das neue politische System schwächen würde. Trotz des Sonderweges Rumäniens war eine Mitgliedschaft im Warschauer Pakt für die Regierung in Bukarest unumgänglich.

Gheorghiu-Dej verstarb 1965, kurz nach seiner erneuten Wahl zum Staatspräsidenten. Der bis heute berüchtigte Diktator Nicolae Ceaușescu folgte ihm als Staatspräsident. Zuerst jedoch als erster Sekretär des Zentralrats der Ar-

beiterpartei, die er gleich nach seiner Wahl umbenennen ließ in Rumänische Kommunistische Partei. Der aus einfachen Verhältnissen stammende Ceaușescu war gelernter Schuster und brachte es bereits in der Regierungszeit von Gheorghiu-Dej vom Mitglied

Wie sein Vorgänger versuchte Ceaușescu, Rumänien aus dem „Würgegriff“ Moskaus zu befreien und sich gegenüber dem westlichen Ausland als selbstständiger Partner zu etablieren.

der kommunistischen Jugendbewegung bis zum Stellvertretenden Verteidigungsminister und zum Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei. Wie sein Vorgänger versuchte er, Rumänien aus dem „Würgegriff“ Moskaus zu befreien und sich gegenüber dem westlichen Ausland als selbstständiger Partner zu etablieren. Dabei halfen ihm gute Ergebnisse bei der Industrialisierung des Landes und der Verbesserung der Lebensverhältnisse. Um den Sonderweg Rumäniens zu unterstreichen, nahm er 1967 diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland auf.

Dieses brachte ihm besonders im Inland viel Sympathie ein. In den drauffolgenden Jahren verweigerte er sich wiederholt den Forderungen aus Moskau, etwa nach Entsendung rumänischer Truppen im Prager Frühling oder nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel in Folge des Sechstageskriegs. Diese vermeintlich kritische Haltung gegenüber Moskau öffnete ihm die Tore in Europa und den USA. Der Besuch von US-Präsident Richard Nixon im Jahr 1969 und die Verleihung des Großkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland 1971 untermauerten seine Popularität im In- und Ausland.



Bis in die 1970er Jahre pflegten westliche Staaten gute Beziehungen zu Ceaușescu. Hier Willy Brandt 1973 bei einem Staatsbesuch in Bukarest. | Quelle: © Online communism photo collection, Institut zur Enquête kommunistischer Verbrechen in Rumänien (IICCR), Cota 25/1973.

Die dramatische Veränderung Ceaușescus und damit Rumäniens begann in den 1970er Jahren. Es wird vermutet, dass er die Idee für den Führerkult, die er in den folgenden Jahren in Rumänien umsetzte, von einer Reise nach Korea mitgebracht hatte. Wichtige Regierungsposten besetzte er mit Verwandten und engsten Freunden – ein Verfahren, das auch im heutigen Rumänien allgegenwärtig ist. Seine Position als Staatspräsident nahm er offiziell 1975 ein, nachdem die Verfassung für ihn geändert wurde. Von nun an ließ er sich als Führer – *Conducător* – ansprechen. Der berüchtigte Geheimdienst Securitate wurde ebenfalls umfassend aufgebaut und versetzte die Bevölkerung mit

Spitzelmaßnahmen, Übergriffen gegen Oppositionelle und Schauprozessen in Angst und Schrecken. Wie groß die Zahl der offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter war, ist bis heute nicht abschließend geklärt. Der Historiker Marius Oprea spricht von ca. 40.000 offiziellen und 400.000 inoffiziellen Mitarbeitern.

Prestigeprojekte wie der Bau des Parlamentspalasts in Bukarest führten dazu, dass die Bevölkerung hungerte und die Löhne nicht mehr wuchsen, teilweise auch nicht mehr gezahlt werden konnten.

Ceaușescus Popularität schwand in den darauf folgenden Jahren so schnell, wie sie gekommen war. Die erbarungslose Industrialisierung Rumäniens und der damit verbundene Niedergang der Landwirtschaft bescherten der Bevölkerung einen nie zuvor gekannten Existenzkampf. Dieser ging so weit, dass die produzierten Lebensmittel für den Export genutzt wurden, um die Staatsschulden abzubauen. Gleichzeitig wurden gigantische und kostspielige Prestigeprojekte wie der Donau-Schwarzmeer-Kanal und der Bau des Parlamentspalasts in Bukarest vorangetrieben. Diese Projekte führten dazu, dass die Bevölkerung hungerte und die Löhne nicht mehr wuchsen, teilweise auch nicht mehr gezahlt werden konnten.

Der Unmut in der Bevölkerung wuchs stetig an und entlud sich im Dezember 1989, nachdem ein oppositioneller ungarischer Priester von der Securitate verschleppt werden sollte und sich die Bevölkerung dagegen auflehnte. Als Antwort ließ der Diktator Hubschrauber gegen die Aufständischen einsetzen. Diese Brutalität führte zu einer von Ceaușescu offensichtlich nicht geahnten Kettenreaktion. Am 21. und 22. Dezember versuchte er in einer öffentlichen Ansprache in Bukarest vor über 100.000 Zuhörern, seine Zukunftsvisionen für das Land vorzustellen, die Massen zu beruhigen und sie noch einmal für sich zu gewinnen. Doch der Versuch misslang und die Stimmung unter den Teilnehmern kippte vom anfänglichen Jubelgeschrei zu Protestrufen und zur Stürmung der Parteizentrale. Ceaușescu und seiner Frau misslang die Flucht. Sie wurden verhaftet und am 24. Dezember von einem Gericht zum Tod durch Erschießen verurteilt. Die Bilder gingen um die Welt, auch weil er der einzige Machthaber im Ostblock war, den dieses Urteil ereilte. Bis zuletzt hatte der Geheimdienst versucht, die Situation zu kontrollieren, und schreckte selbst vor lang andauernden Schießereien in der Bukarester Innenstadt

nicht zurück. Die Kämpfe forderten mehrere hundert Tote, insgesamt sollen während der Revolution über tausend Menschen umgekommen sein.

Bis heute gibt es in der rumänischen Gesellschaft viele Ansichten, warum der Sturz des Regimes so schnell ging. Zu den am häufig geäußerten gehört, dass der KGB verantwortlich für die Vorgänge gewesen ist und die Revolution sowie die Schießereien inszeniert haben soll. Ziel der Regierung in Moskau sei es gewesen, den ungeliebten und größtenwahnsinnigen Führer zu beseitigen und eine neue pro-sowjetische Regierung einzusetzen. Die Hintergründe der so genannten Revolution sind bis heute nicht aufgearbeitet worden. Über 50.000 Akten von Personen aus Politik und Verwaltung, die dem Nationalen Rat zum Studium der Securitate-Akten (C.N.S.A.S.), dem Pendant zur Stasi-Unterlagenbehörde, vorliegen, sind immer noch ungeöffnet. Die Behörde bekam erst 2007 alle zwei Millionen Akten des ehemaligen Geheimdienstes überstellt, mutmaßlich im Zusammenhang mit dem damals bevorstehenden EU-Beitritt.

Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit geht nur sehr schleppend voran. Dies liegt zum einem an der schlechten finanziellen Ausstattung der verantwortlichen Behörden und zum anderen an der langsam arbeitenden Justiz. Bis heute ist der Umgang mit der Vergangenheit und eine damit verbundene juristische Aufarbeitung kaum erfolgt. Dies verwundert nicht weiter, schließlich kam es in Rumänien im eigentlichen Sinn nie zu einem wirklichen politischen Neuanfang nach 1989. Die ersten freien Wahlen im Mai 1990 gewann das Wahlbündnis Nationale Rettungsfront (FSN), dessen Vorsitzender Ion Iliescu selbst Minister unter Ceaușescu war. Er bediente sich in seiner Amtszeit häufig der Securitate, sei es zur Niederschlagung der Proteste oder zur Absicherung seiner Macht und dem Schutz der alten kommunistischen Eliten. Auch in der Wirtschaft sind die damaligen Netzwerke nach wie vor strukturbestimmend, so dass beispielsweise bis heute keine ernsthaften Privatisierungstendenzen feststellbar sind.

Rumäniens politischer Weg wurde in den 1990er Jahren maßgeblich durch die sozialdemokratische Partidul Social Democrat (PSD) geprägt. Ion Iliescu gehörte der PSD genauso an wie der heute wegen Korruption in Haft sitzende

ehemalige Premierminister Adrian Năstase. Die Parteien in Rumänien lieferten sich immer harte Kämpfe um die Macht im Land. Dabei kam es zu unterschiedlichen Konstellationen zwischen Sozialdemokraten, Nationalliberalen (PNL) und den Demokratischen Liberalen (PDL). Trotz aller politi-

schen Irrungen und Wirrungen betrieben alle

2004 und 2007 erreichte Rumänien zwei wichtige politische Ziele in der jüngsten Geschichte des Landes: Den NATO-Beitritt und die Aufnahme in die Europäische Union.

Regierungen und Präsidenten einen proeuropäischen und prodemokratischen Kurs. 2004 und 2007 erreichte Rumänien zwei wichtige politische Ziele in der jüngsten Geschichte des Landes: Den NATO-Beitritt und die Aufnahme in die Europäische Union. Während der NATO-Beitritt für die Bevölkerung fast unbemerkt vonstatten ging, hatte der EU-Beitritt eine messbare Bedeutung für das Land. Die bereits im Jahr 2000 aufgenommenen Beitrittsverhandlungen hatten sich verzögert, da Rumänien damals schon Probleme hatte, die geforderten EU-Standards bei Justizreform, Strafverfolgung, Wettbewerb und Korruptionsbekämpfung zu erfüllen – eine Mängelliste, die sich auch im jüngsten Bericht der EU wiederfindet.¹

POLITISCHE KRISE 2012

2012 rückte Rumänien erneut in das Blickfeld der Entscheidungsträger in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten. Die Menschen in Rumänien taten etwas, das sie lange nicht mehr getan hatten – sie demonstrierten. Wird den Rumänen normalerweise eine große Leidensfähigkeit zugeschrieben, so wurden die von der damaligen Regierung von Premierminister Emil Boc (PDL) angekündigten und dringend notwendigen Reformen im Gesundheitswesen, in der Verfassungsfrage und im Bildungssektor schlichtweg als eine zu große Bedrohung empfunden. Die Regierung verstand es nicht, der Bevölkerung die Gründe für die Reformen zu erklären, die auch vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU-Kommission gefordert wurden. Im Zuge der Reformdiskussionen entwickelten sich die Demonstrationen auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen in Bukarest und anderen Städten des Landes.

1 | Vgl. Europäische Kommission, „Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über Rumäniens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Überprüfungsmechanismus“, Brüssel, 30.01.2013, http://ec.europa.eu/cvm/docs/com_2013_47_de.pdf [12.02.2013].

Die Mehrheitsverhältnisse im Parlament verschoben sich ab diesem Zeitpunkt langsam, aber stetig. Eine Reihe von Parlamentariern der bisherigen Regierungspartei PDL wechselten aufgrund von lukrativen Angeboten der PNL und der PSD die Seiten. Die Überläufer ermöglichten am 27. April 2012 die Wahl Victor Pontas (PSD) zum Premierminister. Dass Politiker eine Partei von heute auf morgen verlassen, ist in Rumänien nicht ungewöhnlich. Der Wechsel wird dadurch erleichtert, dass keine der Parteien in Rumänien über ein wirkliches ideologisches Grundgerüst verfügt. Der Wechsel von der PDL zur PNL und zurück kann also ohne weiteres vollzogen werden.

Was dann in den nächsten Monaten folgte, war ein politischer Kampf, den man so in Rumänien noch nicht erlebt hatte, geschweige denn in anderen Staaten der EU. Zu Beginn war es ein verbaler politischer Schlagabtausch zwischen dem jungen sozialdemokratischen Premierminister Ponta und dem mitte-rechts-orientierten Präsidenten Traian Băsescu – eine Auseinandersetzung, wie sie in Rumänien an der Tagesordnung ist. Im Zentrum des Konflikts zwischen Ponta und Băsescu stand dabei nicht, wie so oft beschrieben, die Amtsenthebung des Präsidenten, sondern die Unabhängigkeit der rumänischen Justiz und ihrer Institutionen. Ponta wollte bereits seit Beginn seiner Amtszeit die relativ unabhängige Justiz mit Personen besetzen, die ihm nahe stehen. Ein indirekter Zugriff aus Staatsanwaltschaft und Verfassungsgericht hätte Ponta und seiner Regierungskoalition aus PSD und PNL viele noch anstehende Prozesse gegen Parteimitglieder erspart. Das prominenteste „Opfer“ der Staatsanwaltschaft war der ehemalige Premierminister Adrian Năstase (PSD), der zugleich politischer Zieh- und Doktorvater von Victor Ponta ist. Năstase wurde im Januar 2012 zu zwei Jahren Gefängnis wegen illegaler Parteienfinanzierung verurteilt. Um sich der Strafe zu entziehen, inszenierte er mit Hilfe von Polizisten, Ärzten und Medien einen Selbstmordversuch. Ponta nutzte seine Presseauftritte dazu, dem Präsidenten und der ihm angeblich hörigen Staatsanwaltschaft eine Mitschuld an dem Suizidversuch zu geben. Damit wurde die aggressive Stimmung gegen den Präsidenten und die ihm zugeordnete PDL weiter angeheizt. Den Höhepunkt der politischen Auseinandersetzungen bildete

Zu Beginn des politischen Kampfes stand ein verbaler politischer Schlagabtausch zwischen dem jungen sozialdemokratischen Premierminister Ponta und dem mitte-rechts-orientierten Präsidenten Traian Băsescu.

das Referendum zur Amtsenthebung des Präsidenten am 29. Juli 2012. Es scheiterte an mangelnder Beteiligung der Bürger – nicht zuletzt, weil die PDL und der Präsident zu einem Boykott aufgerufen hatten. Zudem war das Referendum von Wahlfälschungen geprägt, die bis heute von der Staatsanwaltschaft untersucht werden.



Mit 256 Stimmen vorläufig suspendiert: Der rumänische Präsident Traian Băsescu, hier bei einem Besuch in Afghanistan 2010, hielt sich schließlich doch im Amt. | Quelle: Daryl Knee / flickr (CC BY).

Was sich aber zuvor abspielte, war auch für die Beobachter in Brüssel ein Lehrstück über den Stand der Rechtsstaatlichkeit in Rumänien. Auch frühere Regierungen hatten einen „lockeren“ Umgang mit der Verfassung gepflegt und die schwache rumänische Verfassung für sich zu nutzen gewusst. So genannte Eilverordnungen, erlassen durch den jeweiligen Premierminister, halfen stets, ungeliebte Vorschriften zu umgehen. So auch diesmal: Am 5. Juli 2012 wurde das Gesetz zur Organisation von Referenden durch eine entsprechende Eilverordnung verändert. Die Beteiligungshürde von 50 Prozent plus eine Wählerstimme für die Bestätigung des Referendums wurde aufgegeben, der Präsident sollte jetzt mit einfacher Mehrheit der Wahlberechtigten entlassen werden. Auf dieser Grundlage stellte die USL im Parlament einen Antrag zur Amtsenthebung. Dem Präsidenten wurden „ernsthafte verfassungswidrige Handlungen“ vorgeworfen. Der PNL-Vorsitzende Crin Antonescu mahnte das Verfassungsgericht, binnen 24 Stunden eine

konsultative „Meinung“ abzugeben. Am nächsten Tag bestätigte das Verfassungsgericht in seiner Stellungnahme keinen der sieben Vorwürfe der parlamentarischen Mehrheit. Das Verfahren ging jedoch unvermindert weiter und der Präsident wurde mit 256 Stimmen suspendiert.

REAKTION DES AUSLANDES

Von der EU, aber auch von den USA, gab es heftige Reaktionen auf die Vorgänge. Sie waren so massiv, dass die „Putschisten“, wie Ponta und seine Unterstützer in Rumänien von einem Teil der Presse und der Zivilgesellschaft genannt wurden, zurückstecken mus-

sten. Als Begründung für die heftigen Reaktionen wurden die Bedrohung des Rechtsstaates, die Gefährdung des pro-europäischen Kurses des Landes und die Aufgabe europäischer Werte zu Gunsten einer politischen Kaste genannt.

Die Reaktionen von EU und USA waren so massiv, dass die „Putschisten“, wie Ponta und seine Unterstützer in Rumänien von einem Teil der Presse und der Zivilgesellschaft genannt wurden, zurückstecken mussten.

Der regelmäßige Bericht der Europäischen Kommission zur Reform der Justiz in Rumänien sprach zu dieser Zeit erstmals von der Gefahr, dass bisherige Reformen in der rumänischen Justiz revidiert werden könnten. Die Deutlichkeit, mit der sich europäische Spitzenpolitiker wie José Manuel Barroso, Angela Merkel und Martin Schulz, aber auch der amerikanische Botschafter in Rumänien, Mark Gittenstein, für den Rechtsstaat einsetzten, hatte Ponta nicht vorhergesehen. Gleichzeitig wurde dies aber in der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen. Auf internationaler Ebene wurde das Vorgehen der Regierung Ponta nur im russischen Rundfunk begrüßt.

Die nächste Schlappe erfuhr Ponta im Vorfeld des Referendums, als er das Quorum unter dem Druck der Europäischen Kommission wieder einführen musste. Auch musste er zu elf Forderungen der EU zur Erhaltung des Rechtsstaates Stellung nehmen. Im Vorfeld des Referendums kämpften Ponta und die Organisatoren mit allen Mitteln für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung und eine Diffamierung des Präsidenten. In den Ferienorten am Schwarzen Meer wurden mobile Wahllokale eingeführt. Die Urlauber konnten direkt am Strand oder im Restaurant ihre Stimme abgeben. Der Premierminister lud die Presse ein, die soeben fertig sanierte Dienstvilla des Präsidenten zu besichtigen und

sich bei dieser Gelegenheit über die horrenden Kosten der Sanierung zu informieren. Zum Abschluss der Besichtigung gab er ein Interview in der Empfangshalle und betonte dabei immer wieder, in welchem Luxus der Präsident lebe, während Rentner und Beamte mit harten Einschnitten bei ihren Bezügen zu kämpfen hätten.

Anhänger des Präsidenten hatten das Referendum boykottiert, um das erforderliche Quorum zu verhindern. Allerdings sprachen sich rund 7,5 Millionen Wähler für und circa 800.000 Wähler gegen die Amtsenthebung Basescus aus.

Am Referendum zur Amtsenthebung des Präsidenten beteiligten sich dennoch nur 46 Prozent der Wahlberechtigten, sodass es keine Gültigkeit erlangte. Die Anhänger des Präsidenten hatten das Referendum boykottiert, um das erforderliche Quorum zu verhindern.

Allerdings sprachen sich rund 7,5 Millionen Wähler für und circa 800.000 Wähler gegen die Amtsenthebung aus. Die Regierungskoalition USL berief sich auf dieses Ergebnis bei ihren Bemühungen, das Referendum für gültig erklären zu lassen. Minister aus Pontas Kabinett unternahmen den Versuch, nachträglich die Anzahl der Wahlberechtigten zu manipulieren bzw. eine improvisierte Volkszählung anzustoßen.

Wie weit sich die Verunsicherung der Justiz in kürzester Zeit ausgebreitet hatte, lässt sich an der Verfahrensweise des Verfassungsgerichts erkennen. Obwohl die Situation nach dem Referendum unstrittig war, konnte sich der Verfassungsgerichtshof nicht zu einem eindeutigen Urteil durchringen (das mit wenigstens sechs von neun Richterstimmen getroffen werden muss) und verschob seine Stellungnahme zunächst auf Mitte September. Überraschend kam das Gericht aber bereits am 21. August zu einer Entscheidung für den Verbleib von Präsident Traian Basescu im Amt. Bis heute ist unklar, warum sich die Richter entgegen der vorherigen Ankündigung doch schnell ein Urteil bilden konnten.

In der Zeit zwischen dem Referendum und dem Urteil des Gerichts bestimmten Diskussionen über Wahllisten, Wahlberechtigte und Wahlfälschung den öffentlichen Diskurs. Gegenwärtig ermittelt die Staatsanwaltschaft in den Landkreisen mit einer überdurchschnittlich hohen Wahlbeteiligung. Immer noch gibt es 500 Strafverfahren wegen verschiedener Arten von Wahlfälschung.

Der Amtsenthebungsversuch gegen Băsescu war das Ergebnis einer schon länger verfolgten Strategie des politischen Gegners. Bereits vor der Machtübernahme Pontas sprach Dan Voiculescu, die graue Eminenz der USL, von einem 60-Tage-Plan zur Entlassung Băsescus. Auch machten beide Fraktionen klar, dass eine Kohabitation unmöglich sei. Der so genannte 60-Tage-Plan wurde nach der Machtübernahme des Premierministers dann auch vehement und ohne Zeitverzögerung durch die USL umgesetzt.

Bereits vor der Machtübernahme Pontas sprach Dan Voiculescu, die graue Eminenz der USL, von einem 60-Tage-Plan zur Entlassung Băsescus. Auch machten beide Fraktionen klar, dass eine Kohabitation unmöglich sei.

DIE WAHLEN IM DEZEMBER 2012 – PONTA ERZIELT DIE DREIVIERTEL-MEHRHEIT IM PARLAMENT

Bereits nach dem Referendum zeichnete sich ab, dass das bürgerliche Lager um den Präsidenten und die PDL geschwächt in die Parlamentswahlen gehen würde. Das Wahlergebnis bestätigte diese Befürchtung. Das Wahlbündnis Victor Pontas, die USL, erhielt eine deutliche Dreiviertelmehrheit in beiden Kammern des Parlaments. In der Abgeordnetenversammlung erhielt sie 69,3 Prozent der Stimmen und damit 273 Mandate. Das kurzfristig gebildete Mitte-Rechts-Wahlbündnis Alianța România Dreaptă (Bündnis für ein gerechtes Rumänien, ARD), das aus PDL, Forța Civică, PNTCD und Noua Republică gebildet wurde, erhielt magere 14,2 Prozent (56 Mandate). Prognosen hatten 30 Prozent der Stimmen in Aussicht gestellt. Die PPDD, die Partei des Populisten Dan Diaconescu kam auf beachtliche 11,9 Prozent (47 Mandate). Der Besitzer eines TV-Senders trat zum ersten Mal bei den Parlamentswahlen an. Die Ungarische Bürgerpartei UDMR erhielt 5,4 Prozent (18 Mandate). Die nationalen Minderheiten erhielten 18 Sitze. Insgesamt gehören der Abgeordnetenversammlung damit 412 Parlamentarier an, so viele wie seit 1990 nicht mehr. Im Senat ergibt sich ein ähnliches Bild: Die USL erzielte 69,3 Prozent, dass entspricht 122 von 176 Mandaten. Die ARD kam auch hier nur auf 13,6 Prozent (24 Mandate), die PPDD erhielt 11,9 Prozent (21 Mandate) und die UDMR 5,1 Prozent (neun Mandate).

Das eigentlich erschreckende Ergebnis der Wahl ist die Wahlbeteiligung von 41,76 Prozent. Besonders die Altersgruppe der 18- bis 35-Jährigen vertraut weder Parteien

noch Politikern und verweigerte größtenteils die Teilnahme an der Wahl. Dies ist nach den politischen Auseinandersetzungen nicht weiter verwunderlich. Die junge Generation bescheinigt allen Parteien fehlende Inhalte und Vetternwirtschaft. Die politischen Kämpfe um den Einfluss auf Staatsanwaltschaft und Verfassungsgericht haben die Zuversicht in der Bevölkerung weiter schwinden lassen, dass Rumänien einen Erfolg versprechenden Transformationsprozess hin zu Rechtsstaat und Demokratie durchläuft, der nicht zuletzt eine entscheidende Voraussetzung für eine fortschreitende europäische Integration darstellt. Es herrscht ein Klima der Frustration in der Gesellschaft, da keines der wichtigen Reformvorhaben in den Politikfeldern Bildung, Finanzen, Kommunalisierung, Gesundheit, Verfassung oder Privatisierung angepackt wurde.

Die Bevölkerung reagiert mit einer zunehmenden Entfremdung von der Politik. Verstärkend kommt hinzu, dass es momentan keine funktionsfähige Opposition gibt. Das Bündnis ARD hat sich offiziell aufgelöst, d.h. jede Partei

Die umfangreiche Versorgung von Parteifreunden und die daraus resultierende kostenintensive Aufblähung des Regierungsapparats bei gleichzeitig leeren Staatskassen lässt das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Entscheidungsträger weiter schwinden.

kämpft für sich alleine. Die ehemalige Regierungspartei PDL sucht ihren Kurs in der Opposition und tut sich sehr schwer mit einem inhaltlichen Neuanfang. Dies verwundert nicht, denn wirklich lukrativ ist Politik in Rumänien nur, wenn es etwas zu verteilen gibt, und das kann die PDL momentan nicht bieten. Die umfangreiche Versorgung von

Parteifreunden und die daraus resultierende kostenintensive Aufblähung des Regierungsapparats bei gleichzeitig leeren Staatskassen lässt das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Entscheidungsträger weiter schwinden. Die neue Regierung hat 26 Minister, die alte bestand nur aus 18 Ministern. Der Premierminister rechtfertigt die Vergrößerung des Kabinetts mit der Orientierung an der EU-Kommission. Schließlich verfüge diese sogar über 27 Kommissare. Zusätzlich zu den neuen Ministern wurden weitere Stellen für Staatssekretäre geschaffen. Viele der neuen Minister haben keinen festen Aufgabenbereich und werden wohl auch keinen erhalten.

USL PROFITIERT VON DER SCHWÄCHE DER PDL

Das Erstarken der USL bei den Parlamentswahlen ist im Wesentlichen auf die Schwäche des bürgerlichen Lagers zurückzuführen und im Besonderen auf die Schwäche der PDL. Die PDL entstand 2007 durch Fusionierung der Liberaldemokratischen Partei unter Theodor Stolojan und der Demokratischen Partei unter Emil Boc, dem späteren Premierminister. Seit der Gründung der Partei war sie eng verbunden mit Staatspräsident Traian Băsescu. Dieser war Mitglied der Demokratischen Partei. Erst im Dezember 2006 entstand die Liberaldemokratische Partei als Abspaltung der regierenden Nationalliberalen Partei des damaligen Ministerpräsident Călin Popescu Tăriceanu.

Unter Bocs Führung galt die PDL bereits kurz nach ihrer Gründung als Hoffnungssymbol für einen Wandel und die Veränderung der politischen Kultur in Rumänien. Dazu trug insbesondere Boc selbst bei, der in der Bevölkerung als „sauberer“ Politiker galt und einen guten Ruf als Wissenschaftler genoss. Boc war ein Quereinsteiger, als er seine politische Karriere Ende der 1990er Jahre begann. Er machte sich anschließend einen Namen als Bürgermeister von Cluj-Napoca (2004 bis 2009) und ab 2005 als Vorsitzender der Demokratischen Partei (PD). In dieser Funktion betrieb er den Austritt aus der Sozialistischen Internationalen und forcierte 2006, zusammen mit Staatspräsident Băsescu, den Beitritt in die Europäische Volkspartei. Mit diesem Schritt wollte man sich endgültig als bürgerliche Kraft in Rumänien etablieren und damit auch mit neuen positiven Werten punkten. Dieses neue Image verhalf dann auch der PDL zu ihrem knappen Wahlsieg 2008 und zu einer Regierungskoalition mit der PSD. Diese hielt jedoch nur kurz und zerbrach im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2009. Grund war Bocs Entlassung des damaligen Innenministers, der Mitglied der PSD war, und die Neubesetzung mit einem PDL-Politiker. Für viele Beobachter kam der Zeitpunkt der Neubesetzung nicht überraschend, so verantwortet der Innenminister auch die Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen. Für die PSD war es ein guter Anlass, die ohnehin ungeliebte Koalition zu verlassen und die PDL zu beschuldigen, den Staatspräsidenten bei einer geplanten Wahlmanipulation zu unterstützen. Der knappe Sieg Băsescus in einer Stichwahl schien die Behauptungen der

PSD zu stützen, sodass sich das bis dahin vergleichsweise gute Image Bocs und der PDL deutlich verschlechterten. Dazu kam auch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, die Rumänien völlig unvorbereitet traf. Versprach die Regierung Boc noch 2008 im Wahlkampf massive Lohnsteigerungen bei den Bezügen der Beamten und eine Steigerung der Pensionen, so musste das Land nun Verhandlungen mit dem IWF über Sonderkredite aufnehmen, um die Zahlung der Beamtengehälter und Pensionen abzusichern. Dieser knüpfte seine Kreditvergabe gleichzeitig an strenge Sparmaßnahmen, dazu gehörten Entlassungen in Staatsbetrieben, Kürzungen bei Beamtenbezügen bzw. Pensionen und die Reduzierung der Staatsquote in der rumänischen Wirtschaft. Später kamen noch die Erhöhung der Mehrwertsteuer und Einschnitte in der Notfallrettung dazu. Die Beliebtheit der PDL, die zwischen Oktober und Dezember 2009 in einer Minderheitsregierung nur noch geschäftsführend im Amt war, sank mit jeder weiteren Sparmaßnahme. Erst durch die Wiederwahl Băsescus als Staatspräsident wurde die erneute Einsetzung Bocs als Premierminister möglich. Dieser bildete mit der Uniunea Democrată Maghiară din România (UDMR), der Partei der ungarischen Minderheit, eine neue Regierung, die bis zu ihrem endgültigen Scheitern im April 2012 hielt.

Die PDL steht heute trotz ihrer Erfolge und Fortschritte bei der Integration des Landes in die EU wie keine andere Partei in Rumänien für die Verschlechterung der Lebensumstände bei Beamten und Rentnern. Negativ ausgelegt wird

ihr auch der unbedingte Machtwille Bocs, der den Erhalt seiner Position nur durch den PDL-nahen Staatspräsidenten absichern konnte. Es wird damit deutlich, dass das Wahlergebnis von fast 34 Prozent bei den Parlaments-

Die PDL ist in der Wahrnehmung der Menschen nun eine Partei wie jede andere, verbunden allerdings mit besonders schmerzhaften Sparmaßnahmen.

wahlen 2008 nicht durch ein grundsätzliches Erstarken der bürgerlichen Mitte-rechts-Kräfte zustande kam, sondern durch Protest- und Wechselwähler. Die Hoffnungen insbesondere jüngerer Wähler auf eine neue politische Kultur ohne Vetternwirtschaft hat die PDL nicht erfüllt. Stattdessen ist sie in der Wahrnehmung der Menschen nun eine Partei wie jede andere, verbunden allerdings mit besonders schmerzhaften Sparmaßnahmen.

Ein weiterer Grund für das überragende Ergebnis der USL liegt auch in der geringen Wahlbeteiligung und dem damit verbundenen Schwund junger Wähler. Die USL hat massiv davon profitiert, dass ihre Stammwähler zur Wahl gingen, denn diese kommen, ebenso wie diejenigen der PSD, überwiegend aus dem Bereich der Beamten und Pensionäre und repräsentieren damit die Bevölkerungsgruppen, die von den Sparmaßnahmen der PDL betroffen waren. Damit wurde die Parlamentswahl zu einer erneuten Abrechnung mit der PDL und dem Präsidenten, der die Sparmaßnahmen und die Regierung Boc positiv begleitet.

EINE LANGE TO-DO-LISTE FÜR DIE REGIERUNG

Es ist offen, wie verantwortungsvoll die USL mit ihrer Dreiviertelmehrheit umgeht, wenn sie die Verfassungsreform in Angriff nimmt. Besonders interessant wird es, wenn es um die zukünftige Rolle und die Machtbefugnisse des Präsidenten geht. Ponta wäre es wohl lieber, wenn der Präsident zukünftig über weniger Einfluss verfügt und eher repräsentative Aufgaben zu erfüllen hat. Keinen Widerspruch gibt es dazu vom kleineren Koalitionspartner PNL und ihrem Vorsitzenden Crin Antonescu. Antonescu sieht sich als natürlichen Nachfolger Băsescus, nicht zuletzt weil er 2009 schon einmal Präsidentschaftskandidat der PNL war. So befürwortet er momentan auch eine starke Beschneidung der Befugnisse des Präsidenten sowie dessen Wahl durch das Parlament. Zeitgleich gibt es aber schon Vertreter der PSD, die argumentieren, dass die PSD als größte Partei im Regierungsbündnis auch das Anrecht auf die Position des Präsidenten habe. An dieser Stelle sehen bereits viele Beobachter eine mögliche Bruchstelle innerhalb der USL, die zu weiteren Veränderungen im laufenden Jahr bzw. spätestens Anfang 2014 zu einem Bruch des Bündnisses führen könnte.

Vertreter der PSD argumentieren, dass sie als größte Partei im Regierungsbündnis auch das Anrecht auf die Position des Präsidenten haben. Beobachter sehen hier eine mögliche Bruchstelle in der Koalition.

Das Regierungsprogramm der USL fällt nicht zufällig sehr üppig aus, sind doch seit Mitte 2012 fast alle Ressourcen der Regierung für den politischen Machtkampf gebündelt worden und dringende Reformvorhaben liegengeblieben. Nun will man neben der Verfassungsreform auch eine Verwaltungsreform durchführen. Wie diese aber genau aussehen soll und finanziert wird, bleibt offen. Erklärtes Ziel

der Regierung ist die Verbesserung der Haushaltseinnahmen, die Bekämpfung der Steuerhinterziehung und des Steuerbetrugs sowie die Verabschiedung eines neuen Gesundheitsgesetzes. Große Infrastrukturprojekte will man ebenso angehen wie die Erweiterung des Autobahnnetzes, die Fertigstellung des Donau-Bukarest-Kanals und den Bau von Hochgeschwindigkeitstrassen der Bahn.

Das Mindesteinkommen soll auf 270 Euro steigen, und die Sozialabgaben der Arbeitgeber sollen um fünf Prozent sinken. Ponta kündigte auch an, die Mehrwertsteuer von 24 auf 19 Prozent zu senken.

Die Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Arbeitnehmer und die Entlastung der Arbeitgeber will die Regierung ebenfalls realisieren. Das Mindesteinkommen soll auf 1.200 RON (270 Euro) steigen, und die Sozialabgaben der Arbeitgeber sollen um fünf Prozent sinken. Die pauschale Lohnsteuer soll von derzeit 16 Prozent durch ein Stufenmodell von acht, zwölf und 16 Prozent ersetzt werden. Ponta kündigte auch an, die von der Regierung Boc (PDL) erhöhte Mehrwertsteuer von 24 auf 19 Prozent zu senken. Dieses Maßnahmenpaket könnte stufenweise bis 2016 verwirklicht werden.

Dass Rumänien Geld brauchen wird, um diese Wahlversprechen und Reformvorhaben umzusetzen, ist unbestritten. Daher will die Regierung die Weiterführung der Abkommen mit den internationalen Partnern wie IWF, EU und Weltbank forcieren. Auch dieses geschieht nicht freiwillig, sondern nur auf Druck von außen. Die Vertreter des IWF, der Weltbank und der EU-Kommission attestierten der Regierung Ponta bei Gesprächen in Bukarest im November 2012, dass sie ihre „Hausaufgaben“ nur ungenügend erledigt hätte. Besonders IWF-Chefunterhändler Erik de Vrijer machte deutlich, dass der rumänischen Regierung keine Zusagen über die dringend erforderlichen Kredite bzw. einen Notkredit gegeben würden, solange es keine sichtbaren Erfolge bei Strukturreformen, der Privatisierung und der Konsolidierung des Haushalts gäbe.

Volkswirtschaftlich steht Rumänien mit dem Rücken an der Wand. Es fehlen 5,1 Milliarden Euro, die das Land an den IWF für einen 2010 aufgenommenen Notkredit zurückzahlen muss. Die Konjunkturdaten fallen ebenfalls nicht erfreulich aus. Das Wirtschaftswachstum ist von 0,7 Prozent im zweiten Quartal 2012 auf 0,2 Prozent im dritten Quartal 2012 geschrumpft. Damit nicht genug: Die EU reagierte ebenfalls auf die Tatenlosigkeit der Regierung, machte

ihre Drohung wahr und legte die EU-Strukturfonds für das Land auf Eis. Ende September 2012 wurde zudem bekannt, dass die ausländischen Direktinvestitionen sich nur noch auf 1,1 Milliarden Euro belaufen. Eine Lösung dieser Probleme ohne grundlegende Reformen, die vielen in Rumänien wehtun werden, ist kaum vorstellbar. Dazu gehört natürlich auch, dass die Regierung versuchen wird, die bisher kaum genutzten EU-Fördermittel in Brüssel zu absorbieren. Es bleibt zu hoffen, dass sie auch dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

AUSGANGSLAGE 2013

Der Versuch einer Prognose für die folgenden Monate gestaltet sich angesichts der beschriebenen Ausgangslage schwierig und wenig hoffnungsvoll. Es ist kaum zu erwarten, dass sich die politische Lage beruhigt oder sich eine politische Kultur entwickelt, die es erlaubt, über inhaltsgetriebene Problemlösungen zu diskutieren. Dazu schießen alle bereits zu sehr auf die EU-Wahlen und die Präsidentschaftswahlen 2014. Mehr als die EU-Wahlen wird der Kampf um das Präsidialamt die politischen Auseinandersetzungen bestimmen. Dass diese friedlich ablaufen werden, ist nach den Ereignissen im Sommer kaum vorstellbar. Positiv zu vermerken ist aber, dass Băsescu und Ponta ein „Friedensabkommen“ unterzeichnet haben. Damit betraten beide Kontrahenten politisches Neuland in Rumänien. Bemerkenswert war auch der Zeitpunkt der Unterzeichnung, nämlich unmittelbar vor der erneuten Ernennung Pontas zum Premierminister. In dem unterzeichneten

Protokoll verpflichten sich beide Seiten, zivilisiert miteinander umzugehen und den anderen nicht mehr persönlich und politisch zu attackieren. Dieser Akt dürfte vielen in der USL nicht gefallen haben, denn nun sind Frontalangriffe auf den Präsidenten erst einmal tabu – wenn man die Vereinbarung ernst nimmt. Ponta hat mit seiner USL momentan alle Möglichkeiten, das Land nach seinen Vorstellungen umzubauen und sich eine maßgeschneiderte Verfassung zuzulegen. Die schwache und leise Opposition im Parlament hilft ihm indirekt dabei. Hinzu kommt eine erstarrte Zivilgesellschaft, die die politische Klasse ablehnt und in Teilen resigniert hat. Die Schwäche des Systems ist Pontas Chance, sich als starker Mann in Rumänien zu

Frontalangriffe auf den Präsidenten sind nun erst einmal tabu. Ponta hat mit seiner USL momentan alle Möglichkeiten, sich eine maßgeschneiderte Verfassung zuzulegen.

etablieren. Dass er dieselben Fehler wie im letzten Sommer machen wird, ist unwahrscheinlich. Er hat viel gelernt, besonders, dass es besser ist, leise zu agieren und von der EU nur bei der Vorlage von Fortschrittsberichten wahrgenommen zu werden. So haben es seine Vorgänger auch gehalten und Rumänien damit in die EU gebracht, trotz aller Unzulänglichkeiten.

Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass die letzten demokratischen Enklaven heute in Rumänien die Staatsanwaltschaft und ein zerbrechliches Verfassungsgericht sind. In der kurzen Regierungszeit Pontas und seiner USL wurde bewiesen, dass es keinen funktionierenden Mechanismus im Land gibt, der die Demokratie und den Rechtsstaat nach europäischem Maßstab schützt. Damit ist auch die immer wiederkehrende Frage beantwortet, ob Rumänien heute wirklich die Kriterien eines europäischen Rechtsstaats erfüllt. Die bisher zu wenig erörterte Frage wird nur selten gestellt: Was wäre passiert, wenn Rumänien 2007 nicht der EU beigetreten wäre? Mögen die vorangegangenen Betrachtungen auch noch so schmerzlich und unerfreulich sein, so steht heute fest, dass die EU als Wächter über demokratische und rechtsstaatliche Grundprinzipien gute Arbeit geleistet hat. Der zu Beginn des Jahres veröffentlichte Bericht der EU-Kommission über die Fortschritte Rumänien im Rahmen des Überprüfungsmechanismus² beschreibt erneut eine lange Liste nicht erledigter Hausaufgaben.